

Vatikan und wegen Unterstützung der romtreuen katholischen Untergrundkirche ist der Bischof der nordchinesischen Diözese Baoding, Joseph Fan Xueyan, Ende 1983 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Dies bestätigte am 10. Januar 1984 das Büro für religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat. Ebenfalls zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde der Generalvikar der Diözese Baoding, He Binzhang. Beiden Verurteilten wurde vorgeworfen, sie hätten "mit antichinesischen Kräften im Ausland kollaboriert, um die öffentliche Sicherheit des Vaterlandes zu gefährden" (nach: IHT, 12.1.84). Der 76jährige Bischof Joseph Fan Xueyan wurde für schuldig befunden, illegal Priester der romtreuen Untergrundkirche geweiht, geheime Kontakte zum Vatikan unterhalten und finanzielle Unterstützung von Rom angenommen zu haben (ebenda; FAZ, 12.1.84).

Bischof Joseph Fan, der zu den wenigen ursprünglich noch vom Papst eingesetzten Bischöfen Chinas zählt, war zum ersten Mal 1958 verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, mit dem Vatikan zu brechen und die alleinige Autorität der kommunistisch fremdbestimmten "Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholiken" anzuerkennen. Nach einem mehr als zwanzigjährigen Aufenthalt in einem Arbeitslager war Bischof Fan erst i.J. 1979 wieder freigelassen und in sein altes Amt eingesetzt worden. Im Frühjahr 1982 waren der Bischof und sein Vikar unter Hausarrest gestellt und wenig später erneut verhaftet worden (IHT, 12.1.84; AFP, 2.1.84, nach: MD, 3.1.84).

Bereits im November 1981 waren in Shanghai mindestens 17 katholische Priester und Laien verhaftet worden. Vier von ihnen - Jesuitenpater im Alter von 65 bis 80 Jahren - wurden im März 1983 zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und fünfzehn Jahren verurteilt (siehe C.a., April 1983, Ü 16).

Das Oberhaupt der Anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, hatte sich bei seinem China-Aufenthalt im Dezember 1983 auch für die romtreuen Katholiken verwandt. Er hatte darauf von chinesischer Seite, darunter vom Staatspräsidenten Li Xiannian, jedoch nur die allgemeine Versicherung erhalten, daß die chinesischen Kommunisten die Religionsfreiheit garantieren würden, solange sich die Gläubigen an die Gesetze hielten. Die chinesische Führung, so erläuterte Li Xiannian, werde an ihrer Politik der Religionsfreiheit festhalten (IHT, 12.1.84; FAZ, 20.12.83).

Auf die Besonderheiten der KPCh-Politik der Religionsfreiheit hatte der frühere langjährige Chef der ZK-Einheitsfrontabteilung und heutige stellvertretende Vorsitzende der ZK-Beraterkommission, Li Weihai, bereits im Jahre 1980 unmißverständlich hingewiesen: "Wirkliche Religionsfreiheit kann nur unter der Diktatur des Volkes erreicht werden... Sie bedeutet den Schutz der Freiheit, Atheist zu sein, und Zurückdrängung statt Förderung des religiösen Glaubens." Daraus folgt: "Wenn in unserem Land die Politik der Religionsfreiheit richtig und überlegt ausgeführt wird, dann fördert das nicht den religiösen Glauben, sondern schwächt ihn" (in: Minzu Yanjiu, 1980, Nr.2, S.11, zitiert nach: CNA, Nr.1222 vom 18.12.81, S.1 und 8). -sch-

* (13)

Weitere Hinrichtungen

Allein in Beijing sind im Januar 1984 über sechzig Straftäter hingerichtet worden - zumeist wegen Mord, Raub oder Vergewaltigung (AFP, 20.1.84; FAZ, 21.1.84; Le Monde, 11. und 28.1.84). Meldungen über Hinrichtungen liegen auch aus anderen Städten vor. In Shanghai wurde ein Mann erschossen, der für schuldig befunden wurde, mindestens zehn junge Frauen für die Herstellung pornographischer Fotos verführt zu haben (FAZ, 30.1.84). In Shenyang wurde ein 27jähriger Arbeiter mit dem Tode bestraft, weil er 1,6 kg Gold und 43 kg Silber gestohlen hatte (XNA, 11.1.84). Seit Beginn der Massenhinrichtungen Ende August 1983 sind wahrscheinlich mehrere Tausend Menschen durch Genickschuß exekutiert worden. Die chinesischen Sicherheitsbehörden legitimieren ihr hartes Vorgehen mittlerweile mit einem angeblich drastischen Rückgang der Straftaten im Zuge der Hinrichtungswelle. So soll die Zahl der Straftaten von September bis November 1983 um 42,5% niedriger gelegen haben als die im Vergleichszeitraum des Vorjahres (XNA, 9.1.84). -sch-

* (14)

Über die Arbeit der Notariate

Mehr als 1,2 Mio. Verträge und Dokumente sind im Jahre 1983 von den Notariaten der Volksrepublik China beurkundet worden - 62% mehr als 1982. Wirtschaftsverträge machten allein 750.000 Dokumente aus, d.h. 62,5%. Im Bereich des Außenhandels wurden rund 100.000 Dokumente notariell beurkundet. Gegenwärtig arbeiten in der Volksrepublik China 6.600 Notare in 2.267 Kanzleien. Sie sind ausnahmslos staatliche Angestellte, und die Notariatsgebühren kommen der Staatskasse zugute. (XNA

1.2.84) -sch-

KULTUR

*(15)

Fünfte Tagung des Wissenschaftsrates der Chinesischen Akademie der Wissenschaften

Vom 5. bis 12. Januar 1984 tagte in Beijing zum fünften Mal der Wissenschaftsrat der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Die vierte Sitzung hatte im Mai 1981 stattgefunden. Mitglieder dieses höchsten Gremiums der Akademie sind hervorragende Wissenschaftler und Träger der höchsten wissenschaftlichen Auszeichnungen des Landes. An der Tagung nahmen über dreihundert Wissenschaftler aus allen Landesteilen teil. Es ging hauptsächlich um den nationalen Entwicklungsplan für Wissenschaft und Technik sowie um das langfristige Forschungsprogramm der Akademie. Gleich am ersten Tag hielt Fang Yi, Mitglied des Politbüros und Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, eine programmatische Rede, die sich in sechs Punkte gliederte:

1. Wissenschaft und Technik sollen noch besser dem wirtschaftlichen Aufbau dienen.
2. Bei den Forschungsprojekten sollen die angewandten Wissenschaften gestärkt werden, wobei der Mikroelektronik, Informatik, Biotechnik und der Erforschung neuer Materialien besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.
3. In Wahrnehmung ihrer Sonderrolle auf diesem Gebiet soll die Akademie auch weiter Grundlagenforschung betreiben.
4. Wissenschaft und Technik sollen aktiven Anteil an der staatlichen Planungspolitik haben, und zwar nicht nur auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, sondern auch in bezug auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.
5. Die Verbreitung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Forschung soll mit allen Mitteln gefördert werden, insbesondere zum Nutzen der Wirtschaft.
6. Durch Reformen der Organisation und der Verwaltung in Wissenschaft und Technik soll die Mobilität der Wissenschaftler und Techniker sowie die Effektivität der verteilten finanziellen Mittel erhöht werden, auch dies zum Nutzen der Wirtschaft (RMRB, 6.1.84).

Was unter mehr Mobilität der Wissenschaftler und Techniker zu verstehen ist, erläuterte der Präsident der Akademie, Prof. Lu Jiayi, in seinem Rechenschaftsbericht vor der Konferenz. Einerseits sollen die Einrichtungen der Akademie verstärkt dem Forschungs-

personal der Ministerien und der Hochschulen zur Verfügung stehen, andererseits sollen Mitarbeiter der Akademieinstitute in die Betriebe gehen, um dort Hilfestellung bei der Forschung zu geben, oder sie sollen an Hochschulen lehren. Durch eine solche Mobilität würde die Wirtschaft einen schnelleren Zugriff zu neuen Forschungsergebnissen haben. Weiter teilte Prof. Lu mit, daß die Akademie die Errichtung großer Labortorien für die Gebiete Computerwissenschaft, Software, Biotechnik und Materialwissenschaft plane, die als nationale Zentren dienen sollten. Außerdem soll der Stipendienfonds erweitert und das Vertragssystem ausgebaut werden. Danach können sich Forschergruppen um Stipendien bewerben, bevor sie mit einem Projekt beginnen, wobei Projekte mit voraussichtlich praktischem Nutzen Priorität haben sollen (XNA, 6.1.84).

Was das Vertragssystem angeht, so bestehen bereits eine ganze Reihe von Kooperationsabkommen der Akademie mit Unternehmen und Ministerien, z.B. ein langfristiges Kooperationsabkommen mit dem Ministerium für Ölindustrie auf den Gebieten Ölexploration, Geologie, Ölbohrung, Förderung und Transport, ein Abkommen mit der Provinz Shanxi über die Entwicklung der Energie und der chemischen Industrie in Shanxi und ein Abkommen mit dem Ministerium für Kohleindustrie. Des weiteren wurden zahlreiche integrierte Forschungs- und Produktionsgesellschaften mit angeschlossenen Fabriken gegründet, wie z.B. eine Gesellschaft für die Entwicklung von Gasturbinen, die gemeinsam vom Institut für Thermophysik der Akademie und einer dem Ministerium für Luftfahrtindustrie unterstehenden Fabrik betrieben wird, oder ein Gemeinschaftsunternehmen des Shanghaier Silikatinstituts der Akademie und der Shanghaier Xinhui-Glasfabrik, das sich auf die Erforschung und Produktion optischer Fasern spezialisieren soll. Im Jahre 1983, so hieß es, hätten über 600 Wissenschaftler der Akademie in Industriebetrieben gearbeitet oder an Hochschulen unterrichtet, 660 Wissenschaftler hätten Forschungsprojekte außerhalb der Akademie durchgeführt, und über 3.800 Techniker von anderen Einheiten hätten in Akademieinstituten gearbeitet (XNA, 7.1.84).

Wie schon bei der Nationalen Konferenz für Wissenschaft und Technik vom Dezember 1983 ging es auch auf dieser Tagung des Wissenschaftsrates um die bessere Nutzbarmachung des wissenschaftlich-technischen Potentials für die Wirtschaft. -st-

*(16)

Weiterer Ausbau der juristischen Hochschulausbildung angekündigt

China hat einen Plan zur Hochschulausbildung einer größeren Anzahl von Richtern, Anwälten und sonstigen Juristen in den nächsten sieben Jahren aufgestellt, um den dringenden Bedarf der für die Gesetzgebung, das Gerichtswesen, die juristische Ausbildung und Forschung zuständigen Stellen zu decken. Der Plan wurde auf einer nationalen Konferenz über die juristische Hochschulausbildung verabschiedet, die vom 31. Dezember 1983 bis zum 5. Januar 1984 unter der Schirmherrschaft der Ministerien für Bildung und Justiz in Beijing stattfand. Der Plan sieht vor, daß zwischen 1984 und 1990 35.000 Jurastudenten ihr Studium mit einem akademischen Grad abschließen sollen. Darüber hinaus ist eine Zahl von 2.000 Postgraduierten vorgesehen. Neben der Eröffnung neuer Fakultäten und einer Erhöhung der Studentenzahlen an den bereits bestehenden juristischen Ausbildungsplätzen sollen mehr Juristen auch in Abendschulen, Fernhochschulen und Fernseuniversitäten ausgebildet werden. Bis zum Jahre 1990 sollen bei den von den juristischen Instituten geleiteten Fernkursen 30.000 Studenten einen Studienabschluß erreichen. Weitere 50.000 werden eine dem Hochschulniveau entsprechende juristische Ausbildung über das Fernsehen erhalten.

China verfügt gegenwärtig über eine Universität und vier Institute für politische Wissenschaften und Jura sowie über juristische Abteilungen in dreißig weiteren Universitäten. In den letzten beiden Jahren haben in China mehr als 2.700 Hauptfachstudenten ihr juristisches Studium abgeschlossen. 11.000 befinden sich z.Zt. in der Ausbildung - sie stellen 1% der gesamten Studentenschaft an den chinesischen Hochschulen dar. Weitere 8.400 künftige Juristen nehmen an Intensiv-, Fern- oder Fernsekursen teil. (XNA, 5.1.84, nach: MD, 9.1.84) -sch-

*(17)

Internationaler Wissenschaftler-austausch der Akademie der Wissenschaften

Von seiten der Chinesischen Akademie der Wissenschaften verlautete, daß die Akademie in den vergangenen drei Jahren mit entsprechenden Organisationen in 47 Ländern Besucheraustausch gepflegt habe. Mit 38 wissenschaftlichen Organisationen in 16 Ländern seien Kooperationsverträge, Memoranden oder Protokolle unterzeichnet worden. Zwischen 1981 und 1983 habe die Akademie 3.943 ausländische Wis-

senschaftler zu Forschungszwecken, zu Vorlesungen oder zur Teilnahme an internationalen Symposien oder Seminaren eingeladen. Umgekehrt seien zum gleichen Zweck über 3.000 Wissenschaftler der Akademie ins Ausland gereist. Unter der Verantwortung der Akademie seien in den vergangenen drei Jahren etwa vierzig internationale Symposien in China abgehalten worden. Es wurde auch bestätigt, daß beim internationalen Wissenschaftler-austausch ausländische Wissenschaftler chinesischer Herkunft sowie solche aus Hong Kong und Macao eine große Rolle spielten (XNA, 10.1.84).

Die Bedeutung der Entsendung von Wissenschaftlern ins Ausland geht aus einer anderen Meldung hervor, nach der die Chinesische Akademie der Wissenschaften seit 1978 über 2.800 Wissenschaftler und Postgraduierte zum Studium oder zu Forschungszwecken ins Ausland geschickt habe. Von diesen seien etwa 1.400 an Institute der Akademie zurückgekehrt. Ihre Forschungsprojekte machten ein Viertel aller größeren Projekte im Forschungsplan des Staates und der Akademie aus. Aufgrund einer von der Akademie angestellten Erhebung von 1.211 zurückgekehrten Wissenschaftlern wurde nachgewiesen, daß die Mehrzahl bei der Arbeit im Ausland gute Erfolge hatte, daß zwanzig Prozent neue Forschungsergebnisse mitbrachten und daß sogar gut zwanzig Wissenschaftler Patente für ihre Arbeit angemeldet haben; 24 Wissenschaftlern ist der Doktorgrad aufgrund ihrer Auslandsstudien verliehen worden (XNA, 29.12.83).

-st-

*(18)

Die Zahl der chinesischen Forscher im Ausland

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften hat seit 1978 rund 2.800 Wissenschaftler und Postgraduierte zu Forschungszwecken ins Ausland entsandt. Ein bei der Rückkehr von 1.211 Wissenschaftlern erstellter Überblick zeigt, daß die Mehrheit von ihnen erfolgreich war und daß zwanzig Prozent im Ausland sogar innovative Erfolge hatten. Zwanzig haben für ihre Forschungsergebnisse Patente im Ausland beantragt, und 24 haben einen Doktorgrad erworben (XNA, 29.12.83). -we-

*(19)

Mehr Studenten für 1984

Im Jahre 1984 wird sich die Zahl der neu zuzulassenden Studenten an regulären Hochschulen auf 430.000 erhöhen, das sind 40.000 mehr als im Vorjahr. Fachschulen auf Sekundarebene werden 1984 500.000 neue

Studenten aufnehmen, 30.000 mehr als 1983. Mit diesen beiden Zahlen, so heißt es von seiten des Erziehungsministeriums, seien die für das Ende des sechsten Fünfjahrplans vorgesehenen Planzahlen ein Jahr eher erreicht worden. Die Zahl der neu zuzulassenden Postgraduierten (Forschungsstudenten) soll 1984 23.500 betragen, was einem Zuwachs von 51,6 Prozent entspricht, womit die Planzahl für den sechsten Plan bei weitem überschritten sei. Hinzu kommen in der Erwachsenenbildung 540.000 Zulassungen auf Hochschulebene und 800.000 auf Sekundarschulebene, was einem Zuwachs von 31,5 bzw. 82,8 Prozent gegenüber 1983 gleichkomme. -st-

*(20)

Gründung einer Sun-Yatsen-Gesellschaft

Am 16. Januar 1984 wurde in Beijing in einer Feierstunde des sechzigsten Jahrestages des Ersten Parteikongresses der Guomindang gedacht, der unter Sun Yatsens Vorsitz im Januar 1924 in Guangzhou stattgefunden hatte. Zu der Feier, die in der Versammlungshalle der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes abgehalten wurde, waren über 320 Gäste aus Politik und Wissenschaft geladen. Veranstalter war die Chinesische Historische Gesellschaft. Zu den Rednern gehörten Deng Yingchao als Präsidentin der Politischen Konsultativkonferenz, Qu Wu als stellvertretender Vorsitzender des Revolutionsrates der GMD und der Historiker Hu Sheng als Mitglied des Präsidiums der Historischen Gesellschaft. Zugleich wurde aus Anlaß der Sechzig-Jahr-Feier eine Sun-Yatsen-Gesellschaft gegründet. Vorsitzender der Gesellschaft wurde Hu Sheng, stellvertretender Vorsitzender Liu Danian, ebenfalls Historiker.

Qu Wu ging in seiner Rede ausführlich auf das Verhältnis zwischen der Kommunistischen Partei und der Guomindang ein. Er sagte, wenn die beiden vereint gewesen seien, dann seien sie blind für die Vorteile gewesen, und wenn sie getrennt gewesen seien, dann hätten sie daraus nur Nachteile gehabt. Nach den Erfahrungen aus der zweimaligen Zusammenarbeit und dem zweimaligen Bruch müsse man jetzt eine dritte Zusammenarbeit ins Auge fassen. Zugleich appellierte er an das Zusammengehörigkeitsgefühl mit Taiwan und an die Notwendigkeit des Miteinandersprechens. Hu Sheng betonte, daß die Erforschung des Ersten Parteikongresses der GMD und der revolutionären Taten Sun Yatsens ein wichtiger Teil des Studiums der neueren chinesischen Geschichte und zugleich eine wichtige Aufgabe für die Historiker

darstelle (RMRB, 17.1.84).

Die eminent politische Bedeutung der Gedenkfeier ebenso wie der Gründung der Sun-Yatsen-Gesellschaft ist nicht zu verkennen. Beides wird in den Dienst der Wiedervereinigungspolitik gestellt. Die positive Bewertung der Einheitsfront zwischen GMD und KPCh von 1924-1927 und dann noch einmal im Kriege ab 1937 soll dazu beitragen, das Vertrauen der chinesischen Bevölkerung auf Taiwan zu gewinnen. So wird denn auch die Forschung, die durch die neugegründete Gesellschaft gefördert werden soll, im Dienst der Parteipolitik der KPCh stehen. Das zeigt schon allein die Tatsache, daß zum Vorsitzenden der Gesellschaft der Direktor des ZK-Instituts für Parteigeschichte gewählt worden ist. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*(21)

Außenhandelszahlen

Wie ein Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel mitteilte, habe das gesamte Außenhandelsvolumen der Volksrepublik i.J. 1983 nach vorläufigen Statistiken 40,14 Mrd. US\$ erreicht, ein Anstieg gegenüber 1982 in Höhe von 2,2%. Der Exportwert betrug 22 Mrd. US\$, während der Importwert 18,14 Mrd. US\$ ausmachte. Preisbereinigt hätte sich also das Exportvolumen um 11,2% und das Importvolumen um 21,4% gegenüber dem Jahr 1982 erhöht.

Chinas Exporte nach Hong Kong stiegen weiter. Die vorläufigen Zahlen besagen, daß der im Verkehr mit Hong Kong erzielte gesamte Exportwert sich auf 5,3 Mrd. US\$ belief, ein Anstieg von 6,6% gegenüber 1982. Im Handel mit Japan wurde grundsätzlich ein Ausgleich erzielt, bei den chinesischen Importen gab es einigen Zuwachs, während es bei den Exporten eine Verringerung gab. Die Exporte in die Vereinigten Staaten blieben etwa auf dem Niveau von 1982, während die Importe aus den Vereinigten Staaten um 38,3% sanken. Auch die Importe aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sanken um 36,5%, während die Exporte etwa auf dem Vorjahresniveau blieben. Im Handel mit der Sowjetunion wurden beträchtliche Zunahmen registriert. (XNA, 24.1.84) -lou-

*(22)

Weiterer Technologieimport

Am 5. Dezember 1983 gab Zhu Runji, Vizevorsitzender der Staatlichen Wirtschaftskommission, vor 300

ausländischen Industriellen und Geschäftsleuten bekannt, daß China i.J. 1983 insgesamt 600 Verträge über Technologietransfer abgeschlossen habe und daß für 1984 weitere 1.000 solcher Verträge eingeplant seien.

Es handle sich bei diesen Technologieimporten um eine langfristige Strategie, die dem Aufbau chinesischer Schwerpunktprojekte und der technologischen Umgestaltung vorhandener Betriebe dienlich sein sollen.

China verfügt über insgesamt 400.000 Betriebe. Es wurde beschlossen, noch vor 1985 890 vorrangige Bauprojekte zu erstellen.

Bei der Einführung von technischem Wissen wird den Technologien für Basisindustrien (wie Maschinenbau, Elektronik und Rohstoffe) Vorrang eingeräumt. Ferner soll Know-how für die Energie- und Bergwerkerschließung, für die Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs sowie für die Fertigung von neuen Produkten und die Qualitätsverbesserung von langfristigen Verbrauchsgütern vorrangig importiert werden.

Insgesamt sollen in den kommenden drei Jahren (1984-86) 3.000 Posten technischen Wissens importiert werden, und zwar sowohl Soft- als auch Hardware.

Die Grundprinzipien für diesen Technologietransfer sind folgende: Die Importgüter müssen den Bedürfnissen Chinas entsprechen, technologisch auf modernem Standard, wirtschaftlich vernünftig und den Autarkiewünschen angemessen sein.

Die chinesischen Importstellen müssen sich bei der Technologieeinfuhr folgender Formen bedienen: Lizenzgeschäfte, Koproduktion, Beratung, technische Dienste, Kompensationsgeschäfte, Verarbeitung nach gelieferten Mustern und Joint Ventures. Z.Zt. liegt der Akzent bei der Koproduktion.

Außerdem wird China weiterhin an dem Prinzip der Verbindung von Technologieimporten und Außenhandel festhalten. In der Praxis läuft dies darauf hinaus, daß solche Länder, Firmen und Geschäftsleute, die den Technologietransfer in ihre Geschäftsphilosophie aufgenommen haben, auch beim Handel Vorrang genießen sollen (BRu 1984, Nr.4, S.11). -we-

*(23)

Handelsabkommen mit Ostblockländern

Gegen Ende 1983 bzw. Anfang 1984 schloß die Volksrepublik Handelsverträge mit verschiedenen Ost-